

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 15 20-0  
Telex: 886 846 ppbn d  
Teletex: 9 15 20-12



## Inhalt

Katrin Fuchs MdB zum diskutierten Truppenentsendegesetz: Das Balancieren am Rande der Legalität muß aufhören.

Seite 1

Horst Peter MdB zur gesundheitspolitischen Lücke im SPD-Sofortprogramm: Sozialpolitik nicht von Arbeitgeberverbänden definieren lassen.

Seite 2

Ilse Janz MdB zum bevorstehenden Bundestag des Deutschen Sportbundes: Mitbestimmungsrechte für Frauen im Deutschen Sportbund verbessern.

Seite 3

Horst Sielaff MdB zur konzeptionslosen Agrarpolitik von Minister Kiechle: GATT-Kompromiß deckt Versäumnisse der Vergangenheit auf.

Seite 4

47. Jahrgang / 226

24. November 1992

### Das Balancieren am Rande der Legalität muß aufhören

Von Katrin Fuchs MdB

**Abrüstungspolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion**

Der wahre Sinn des Kanzler-Geredes vom Staatsnotstand enthüllt sich mehr und mehr. Auf verfassungsmäßige Beschränkungen und den "Konsens der Demokraten" wollen Helmut Kohl und sein Adjutant Schäuble keine große Rücksicht mehr nehmen.

Auch Verteidigungsminister Rühle ist nun "auf Linie gebracht". Noch vor kurzem hielt er eine 2/3-Mehrheit im Deutschen Bundestag für unverzichtbar, wenn es um militärische Einsätze der Bundeswehr außerhalb des NATO-Gebietes gehe. Die deutschen Soldaten bräuchten bei riskanten Unternehmen den breiten Rückhalt der Politik. Jetzt will Rühle ein Truppenentsendegesetz durchpeitschen, für das er nicht einmal die Zustimmung seines Koalitionspartners FDP hat.

Längerfristig wollte Rühle die "Kultur der Zurückhaltung", die Nachkriegs-Deutschland bestimmt habe, überwinden. Nun hat er sich in das Panikorchester unter den Dirigenten Kohl und Schäuble eingereiht. Motto: Wenn schon die deutsche Einigung nicht recht gelingen will, müssen deutsche Soldaten wenigstens out-of-area zeigen, wer wir sind.

Die Frage eines Kampfeinsatzes der Bundeswehr stellt sich konkret nicht. Weder im früheren Jugoslawien noch in Berg Karabach. Es geht um die Großmachtgelüste der Kohl-Regierung. Sie folgt der Logik: Nur wer mitschießen kann, darf überall mitreden. Die SPD wird Kampfeinsätzen deutscher Truppen außerhalb des NATO-Gebietes nicht zustimmen, auch wenn sie durch UNO-Beschlüsse legitimiert sind.

Es wird Zeit, daß die Unionspolitiker ihre Notstandsphantasien zügeln; das Balancieren am Rande der Legalität muß aufhören. Die SPD wird eine Verfassungsklage anstreben, wenn die Regierungsparteien ein Truppenentsendegesetz verabschieden. Die SPD-Fraktion läßt sich durch solche Manöver nicht erpressen, die Regierung muß endlich das tun, was auf der Tagesordnung steht: Die Beteiligung der Bundeswehr an UN-Blauhelmeinsätzen ist auf solide rechtliche Grundlagen zu stellen. Die Regierungsfractionen sollten dem Antrag der SPD, das Grundgesetz entsprechend zu ändern, nicht länger die Zustimmung verweigern.

(-/24. November 1992/ks/ks)

\*\*\*\*\*

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217  
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Verfügt über Druck  
mit vermalteter Relatiffen  
Recycling-Papier



### Sozialpolitik nicht von Arbeitgeberverbänden definieren lassen

Von Horst Peter MdB

Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Gesundheitswesen (ASG)

Aus der Sicht der Arbeitsgemeinschaft der Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Gesundheitswesen (ASG) ist der sozialpolitische Teil des Sofortprogramms der SPD unter einen Lohnnebenkostenfinanzierungsvorbehalt gestellt, ein gesundheitspolitischer Teil findet nicht statt.

Damit erweist sich die im Programm eingeforderte "grundlegende Kurskorrektur in der deutschen Wirtschafts- und Finanzpolitik" nicht als eine Wende zu mehr sozialer Gerechtigkeit und belastungsvermeidender ökologisch-sozialer Strukturpolitik, sondern als Anpassung an die Argumentation der Wirtschaftsverbände, die Sozialpolitik der Wirtschafts- und Finanzpolitik, insbesondere der Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Deutschland, unterzuordnen. Der sozialpolitische Schlüsselsatz des Programms lautet: "Wir werden unsere Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik so gestalten, daß der Anstieg der Personalnebenkosten begrenzt wird." Unter dieser Prämisse wird die Forderung nach der "Umorientierung der Sozialpolitik" zur Aufforderung, sich der Argumentation der Wirtschafts- und Arbeitgeberverbände zu unterwerfen.

Die vielen Lehnwörter aus dem Argumentationsarsenal der Arbeitgeberverbände während der Kampagne der achtziger Jahre um den Industriestandort Deutschland innerhalb der EG deuten darauf hin, daß zumindest unbewußt die Auseinandersetzung um die richtigen Standortbedingungen aufgegeben und sich die Linie der Wirtschaftsverbände zu eigen gemacht worden ist. So nimmt es auch nicht Wunder, daß im Sofortprogramm die Gewerkschaften nur einmal erwähnt werden, gewissermaßen als Fußnote, nämlich als Teilnehmer der geforderten "großen Gemeinschaftsanstrengung" gemeinsam mit Staat und Unternehmen. Die Unterstellung der Sozialpolitik unter den Personalnebenkostenvorbehalt bedeutet für die Sozialversicherungssysteme, daß zur Absicherung der großen Lebensrisiken Alter, Arbeitslosigkeit, Krankheit, Invalidität und aktuell Pflegebedürftigkeit nicht das Erforderliche zur Grundlage gemacht wird, sondern das, was die Arbeitgeber meinen, sich für den sozialen Frieden noch leisten zu können.

Für die Pflegeversicherung heißt das, sich mit der Absage an die Kompensationsmaßnahmen zu Lasten der Arbeitnehmerinnen in Widerspruch zum Personalnebenkostenvorbehalt desselben Programms zu begeben. Für die gesetzliche Krankenversicherung ist das die Aufforderung entweder zu Selbstbeteiligung oder zu Leistungskürzungen. Für die Unfallversicherung bedeutet das ebenfalls eine Umorientierung weg vom Erforderlichen hin zum Prinzip der niedrigen Beiträge.

Für die Gewerkschaften werden die Möglichkeiten zu Betriebsvereinbarungen über betriebliche Sozialpolitik durch das unkritische Ja zum Lohnnebenkostenargument als Wettbewerbsfaktor eingeengt.

Die Schlußfolgerung kann nur lauten: wir müssen jetzt die Debatte über die Sozialpolitik im künftigen Regierungsprogramm beginnen und das Sofortprogramm als Episode betrachten. Das ist gesundheitspolitisch vor allem deshalb erforderlich, weil im Sofortprogramm jegliche gesundheitspolitische Aussage fehlt. Zwar wird der Kompromiß um das Gesundheitsstrukturgesetz sicherlich im Mittelpunkt der gesundheitspolitischen Diskussion der nächsten Jahre stehen, aber das genügt nicht zur Profilierung der SPD, die als Perspektive die Gesunderhaltung und Gesundheitsförderung durch die Verminderung der Krankheitsursachen haben will. Deshalb wird zumindest die Absicht der SPD, ein Gesetz zum Schutz der Gesundheit in der Arbeitswelt vorzulegen, in ein künftiges Regierungsprogramm gehören.

Unsere sozialpolitischen Perspektiven werden folgende Schwerpunkte umfassen müssen:

- Maßnahmen, um die Spaltung der Gesellschaft zu überwinden,

- Absicherung gegen die großen Lebensrisiken gewährleisten,
- die Ursachen für Krankheiten und soziale Ungleichheiten minimieren durch ökologisch-soziale Präventionspolitik,
- Partizipation und Mitbestimmung ausbauen für Arbeitnehmer, Versicherte, Verbraucher, Selbsthilfegruppen,
- gerechte Finanzierung sicherstellen.

Diese Schwerpunkte erhalten übrigens erhebliche Bedeutung als Grundlage eines wichtigen Standortfaktors für den Wirtschaftsstandort Deutschland: soziale Sicherheit ist langfristig die sicherste Form zur Begrenzung der Lohnnebenkosten - allerdings in einem anderen Sinne als es die Arbeitgeberverbände meinen.

(-/24. November 1992/ks/ks)

\*\*\*\*\*

### **Mitbestimmungsrechte für Frauen im Deutschen Sportbund verbessern**

**Von Ilse Janz MdB**

Am 27. und 28. November 1992 findet in Berlin der Bundestag des Deutschen Sportbundes (DSB) statt. Aus diesem Anlaß appelliere ich an die Vertreterinnen und Vertreter, sich für einen höheren Anteil von Frauen in allen Ausschüssen und Gremien, wie im Frauenförderplan gefordert, einzusetzen.

Aber noch wichtiger als die Einhaltung des derzeitigen Frauenförderplans ist für mich das Mitbestimmungsrecht der fünf Millionen im Sport organisierten Frauen. Sie genießen bisher kein eigenes Antragsrecht zum Bundestag des DSB, sondern haben lediglich die Möglichkeit, an das Präsidium Anträge zu stellen. Dieses Gremium betätigt sich dann als Filter und entscheidet, welcher Antrag den Delegierten zugeleitet wird. Der Antrag, der bis heute immer abgelehnt wurde, ist der Antrag auf Antragsrecht.

Dies muß dringend geändert werden, damit die Unterrepräsentation von Frauen endlich behoben wird. Deshalb muß der Bundestag des DSB 1994 die Satzung ändern und verbindliche Quoten für alle Gremien sowie das Antragsrecht des Bundesausschusses für Frauen im Sport in die Satzung aufnehmen.

Die derzeitige Beteiligung von nur 13 Prozent von Frauen in den Ausschüssen und Gremien reichen nicht aus. Frauen müssen mindestens entsprechend ihrem Anteil an der Mitgliedschaft beteiligt werden und das heißt eine Beteiligung von Frauen von 40 Prozent.

In vielen Bereichen ist der Sport gesellschaftspolitisches Vorbild. Wann endlich auch in der Beteiligung und Mitbestimmung für die Frauen?

(-/24. November 1992/ks/ks)

\*\*\*\*\*

### **GATT-Kompromiß deckt Versäumnisse der Vergangenheit auf**

**Von Horst Sietaff MdB  
Agrarpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion**

Es kann keinen Zweifel daran geben, der nunmehr gefundene GATT-Kompromiß in der Agrarfrage muß durchgesetzt werden. Wir als Exportnation erster Klasse können einen Handelskrieg, wo auch immer, nicht gebrauchen. Die Leidtragenden wären in den nicht gerade rosigen Zeiten für die Wirtschaft andernfalls nicht nur Industrie, Handel, Gewerbe und die Beschäftigten dort, sondern auch die Landwirte, die von einer prosperierenden Volkswirtschaft stark abhängen.

Der GATT-Kompromiß erfordert heute Einschnitte, die höchstwahrscheinlich über die der sogenannten EG-Agrarreform hinausgehen. Das trifft insbesondere zu für die Sonderstilllegung von Ölsaatenflächen ohne jede Verrechnungsmöglichkeiten mit Getreidestilletungen, wie auch für die Rückführung der Exportsubventionen ohne jede Verrechnungsmöglichkeit zwischen den einzelnen Produkten. Die Auswirkungen auf die Veredelungsproduktion vieler unserer landwirtschaftlichen Betriebe müssen deshalb aufmerksam beobachtet und gegebenenfalls ungünstige Entwicklungen abgefedert werden.

Kiechle hinterläßt nach zehnjähriger Regierungszeit seinem Nachfolger einen Scherbenhaufen. Der GATT-Kompromiß deckt die Versäumnisse der Vergangenheit auf.

Es rächt sich jetzt, daß die Impulse der Bonner Agrarpolitik zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit unserer landwirtschaftlichen Betriebe in Kiechles Amtszeit nur sehr schwach ausgeprägt waren. Bewährte Instrumente der sozial-liberalen Koalition, wie beispielsweise die vorrangige Förderung entwicklungsfähiger Betriebe in Abstimmung mit der Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur in unseren ländlichen Räumen, wurden aus kurzsichtigen Gründen fallen gelassen. Die "Früchte" dieser Versäumnisse und die Wucht der jetzt notwendigen Korrekturen müssen die Menschen auf dem Lande nun ernten.

Erstaunlich und unverantwortlich ist, daß die Bundesregierung auch jetzt kein Konzept hat. Es ist zu befürchten, daß Flächenstilllegungen nach der EG-Agrarreform noch zunehmen werden, ja sogar die sogenannte Kleinerzeugerregelung fühlbar geändert werden muß, um das Überschuß- und Kostenproblem in den Griff zu bekommen.

Auch verfügt die Bundesregierung bisher über kein Konzept zur Entwicklung ländlicher Räume, das sie in ihren Koalitionsvereinbarungen lautstark angekündigt hat. Bei Produktionsrückgängen und damit bei Einschränkungen in einem wichtigen wirtschaftlichen Bereich im ländlichen Raum ist es um so wichtiger zu wissen, wie diese Situation von der Politik gesamtwirtschaftlich aufgefangen werden soll.

Die Wahrheit über zukünftige Entwicklungen in Landwirtschaft und ländlichem Raum muß endlich auf den Tisch. Unsere jungen Landwirte haben ein Recht darauf. Nur so können sie Perspektiven für die Zukunft entwickeln.

(-/24. November 1992/ks/ks)

\*\*\*\*\*